

Auftakt der Tarifverhandlungen für Ärzte in kommunalen Krankenhäusern

Berlin. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und der Marburger Bund haben sich am Montag zu einem ersten Gespräch im Rahmen der Tarifrunde für die rund 53.400 Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Kliniken getroffen. Dabei sind die gegensätzlichen Positionen ausgetauscht worden.

Die Ärztegewerkschaft fordert neben fünf Prozent mehr Gehalt und kräftigen Erhöhungen der Bereitschaftsdienstentgelte auch erhebliche Einschränkungen bei der Anordnung von Bereitschaftsdienst.

„Bereitschaftsdienst ist ein elementarer Bestandteil der ärztlichen Tätigkeit. Ohne ihn ist die flächendeckende gesundheitliche Versorgung der Menschen rund um die Uhr nicht mehr zu gewährleisten. Jede weitere Einschränkung muss dringend vermieden werden.“, so Dr. Dirk Tenzer, Verhandlungsführer der VKA.

Für die kommunalen Arbeitgeber haben Durchführbarkeit und Planbarkeit aller Dienste der Ärztinnen und Ärzte höchste Priorität.

Die VKA zeigt sich generell verhandlungsbereit. „Die Wünsche mancher Ärzte nach mehr Freizeit sind verständlich und bei den Verhandlungen zu berücksichtigen. Andererseits ist die Bereitschaftsdienstvergütung auch für viele Ärzte eine willkommene Gehaltsaufstockung. Gleichzeitig muss die Gesundheitsversorgung auf sicheren Füßen stehen. Und jede Tarifierhöhung muss auch für die wirtschaftlich schwächeren Krankenhäuser das Überleben ermöglichen. Die Finanzsituation der Krankenhäuser ist nach wie vor äußerst angespannt.“, sagt Klaus-Dieter Klapproth, Hauptgeschäftsführer der VKA.

Nächste Termine für die in Berlin stattfindenden Verhandlungen sind der 20./21. Februar und der 11./12. März 2019.

Pressekontakt: Daniela Wegner

Telefon: (030) 209 699 461, mobil: (0160) 941 218 50, E-Mail: daniela.wegner@vka.de